

Wien. Im Zuge der Verwaltungsreform wurde laut darüber nachgedacht, den Krankenanstaltenverbund (KAV) in eine Holding zu überführen. Bei einer Bürgerinitiative, die sich für die Erhaltung des Otto-Wagner-Spitals einsetzt, sorgt dies für helle Aufregung und Empörung. „Wenn das geschieht, würden Flächen in der Größe ganzer Stadtteile der Verfügung des Gemeinderats und der Stadtplanung entzogen“, argumentiert Wolfgang Veit von „Steinhof gestalten“ und befürchtet eine Privatisierung des Areals. Von der Organisationsänderung seien nicht nur die Steinhofgründe, sondern alle Liegenschaften des KAV, so beispielsweise auch der Rosenhügel, das Krankenhaus Hietzing oder das Kaiser-Franz-Josef-Spital betroffen, so Veit.

Flächenwidmung auf Basis eines Expertenverfahrens

Unter anderem wirft die Initiative der für das Areal zuständigen Wiener Standortentwicklungs GmbH (WSE) vor, nicht kompetent genug für die Entwicklung eines Nutzungskonzepts zu sein. „Wer sich über die Kernthemen der WSE informiert, erkennt, dass sie mit dieser komplexen Materie total überfordert ist“, meint Christine Muchsel von der Bürgerinitiative. Seitens der WSE kann man diese Vorwürfe auf Anfrage der „Wiener Zeitung“ nicht nachvollziehen. „Wir werden den Auftrag fristgerecht bis Ende des Jahres erfüllen und das Konzept an unseren Auftraggeber, den KAV, übergeben. Das Konzept ist bereits fertiggestellt und baut, wie bereits kommuniziert, auf den Ergebnissen des Mediations- und Expertenverfahrens auf“, erklärt ein WSE-Sprecher.

Diese Gespräche wurden 2013 auch unter Einbeziehung der Bürgerinitiative mit einem Expertengremium geführt. Als Ergebnis wurde ein neuer Flächenwidmungsplan ausgearbeitet, das Areal sollte als Gesamteinheit in öffentlicher Hand bleiben. Dieser Plan sei laut Initiative jedoch bis



Trotz Befürchtungen von Bürgerinitiativen bleibt das Areal des Otto-Wagner-Spitals erhalten. Foto: HeinzLW

Angst vor Bauwahn

Eine Bürgerinitiative sieht das Otto-Wagner-Spital durch eine Organisationsreform des KAV gefährdet. Beim KAV beruhigt man jedoch.

heute noch nicht in Kraft getreten und wird von ihr in Verbindung mit der geplanten Ausgliederung des KAV in eine Holding in Verbindung gebracht. Der neue Flächenwidmungsplan sähe viel mehr Grünflächen anstatt Bauland vor und würde daher die Grundstücksbewertung des Areals schmälern, wird vermutet. Der grüne Stadterneuerungssprecher Christoph Chorherr weist dies zurück. Allfällige Verzögerungen hätten mit einer nicht einmal beschlossenen Ausgliederung des KAV nichts zu tun. Beim KAV betont man überdies, dass der gültige Flächenwidmungsplan keine Verbauung zwischen den Pavillons zulasse.

Um Spekulation mit dem Areal des Otto-Wagner-Spitals vorzubeugen, fordert die Initiative eine gemeinwohlorientierte Nutzung

und Erhaltung des Gebiets und hat dazu in Zusammenarbeit mit dem Stiftungsexperten Erich Wolf ein Konzept ausgearbeitet. Dieses sieht vor, das Areal des Otto-Wagner-Spitals in den Besitz einer Wiener Landesstiftung zu übertragen. Diese soll sich der Erhaltung des Areals inklusive Grünanlagen für gemeinnützige Zwecke verschreiben.

In zweiter Instanz soll die Stadt Wien mit der Stiftung Mietverträge über bestimmte Gebäudeflächen des Areals abschließen und sie für die stiftungskonforme Nutzung freigeben. Der Stadt würden hierbei die Mieterlöse zufallen, außerdem habe sie laut Stiftungsrecht die Aufsicht und Kontrolle über die Stiftung und die Einhaltung der gemeinnützigen Zwecke. Zudem wird in dem Papier argumentiert, dass diese Nutzungsva-

riante der Verwaltung nur geringe Kosten aufbürden würde.

Burnout-Klinik statt Wohnungen

Bernd Lötsch, Stadtökologe und ebenfalls Teil der Bürgerinitiative, sieht die Nutzung des Areals für den Wohnbau kritisch. Er bemängelt, dass die Stadt daran festhalte, bereits geplante 180 Wohnungen im Ostteil des Otto-Wagner-Spitals zu bauen. Er verweist auf eine andere Bürgerbewegung, die aktuell versucht, den Bau einer Burnout-Klinik im Naherholungsgebiet Hörndlwald in Hietzing zu verhindern. Diese Klinik wäre laut Lötsch im Otto-Wagner-Spital im Rahmen einer Teilnutzung besser aufgehoben. Beim KAV weist man jedoch darauf hin, dass die in Hietzing geplante Klinik privat betrieben werde und daher

nicht in deren Standortpolitik eingegriffen werden könne. „Sollte der Betreiber jedoch Interesse haben, seinen Rehasstandort auf einem unserer Areale zu situieren, kann er gerne bei uns anfragen“, wird hinzugefügt.

Nicht zuletzt der Denkmalschutz wird von den Aktivisten ins Spiel gebracht, die betonen, dass der internationale Denkmalschutz-Beirat Icomos das Otto-Wagner-Spital Anfang dieses Jahres aufgrund der Verbauungspläne als „gefährdete Kulturstätte“ eingestuft hatte.

Denkmalschutz ist gewährleistet

Beim Bundesdenkmalamt wird jedoch betont, dass der Denkmalschutz des Areals gewährleistet sei. „Wir haben eine Kernzone definiert, die etwa 85 Prozent der Fläche ausmacht, das sind die Pulmologie, die Psychiatrie und die Kirche oben. Hier wurde die Flächenwidmung auf den Bestand zurückgeschraubt und es darf dort nicht gebaut werden. Auch nicht auf den Grünstreifen zwischen den Abteilungen“, erklärt man. Einzig der Wirtschaftsteil im Osten mit Gebäuden wie der Wäscherei dürfe „moderat verbaut“ werden. Dort seien die Gebäude nämlich funktional und nicht nach ästhetischen Gesichtspunkten angeordnet.

Seitens des KAV wird übrigens angemerkt, dass die Umwandlung in eine Holding noch gar nicht beschlossen sei. „Über die künftige Rechtsform des KAV wird erst entschieden. Aber die Stadt Wien wird in jedem Fall 100-prozentige Eigentümerin des KAV bleiben“, versichert ein Sprecher. Dies sei von der Stadt Wien vor zwei Jahren klargestellt worden.

Auch Christoph Chorherr betont, dass die Grünen an eine etwaige Ausgliederung des KAV, die noch nicht einmal beschlossen sei, bereits „vor Monaten“ die Bedingung geknüpft haben, dass alle Liegenschaften weiterhin im Besitz der Stadt blieben. Den Aufschrei der Bürgerinitiative bewertet er als „kontraproduktive Panik“. ■